

form der Forschungskollektive mußte also geändert werden, damit in Zukunft in den Kollektiven an der Seite der Chemiker, Techniker usw. auch Ökonomen arbeiten. Die organisatorische Voraussetzung dafür zu schaffen, oblag den Genossen der Institutsleitung. Das Verständnis dafür bei allen Mitarbeitern zu wecken, die Zusammenhänge zwischen Forschung und ökonomischen Nutzen allen verständlich zu machen, war in erster Linie Aufgabe der Parteiorganisation. So wie im ersten Fall, als es um die Schwerpunkte in der Forschungsarbeit ging, traten auch diesmal wieder Parteileitung und staatliche Leiter mit einer gemeinsamen Argumentation in den Versammlungen auf.

Die Mitglieder der Parteileitung und die staatlichen Leiter wiesen in den Aussprachen nach, daß die Konzentration auf Schwerpunkte in der Forschungsarbeit gebieterisch die richtige Auslastung der vorhandenen Forschungskapazität verlangten. Dazu gehört auch, daß die Forschungen einen hohen volkswirtschaftlichen Nutzen bringen. Die ökonomischen Belange bei der Forschung dürfen nicht als zweitrangig angesehen werden. Was nütze die Entwicklung eines bestimmten Verfahrens zur Weiterverarbeitung des Rohstoffes Kali, das in den technischen Parametern zwar dem wissenschaftlich - technischen Höchststand entspricht, seine Anwendung jedoch unrentabel ist? Darum müssen bereits bei Beginn der Bearbeitung eines Forschungsauftrages bzw. sogar schon in der Studie die ökonomischen Belange berücksichtigt werden. Um das

zu erreichen, ist es eben notwendig, die bisherige Zusammensetzung der Forschungskollektive zu verändern und die Ökonomen mit in sie aufzunehmen.

Die Ökonomen setzten sich in der Diskussion durchaus für die rechtzeitige Berechnung des ökonomischen Nutzens der Forschungsaufträge ein. Doch sie wollten das mit der althergebrachten Arbeitsweise erreichen. Bisher arbeiteten sie alle in einer Abteilung. An diese Organisationsform hatten sie sich gewöhnt. Sie waren hier wie ein Kollektiv zusammengewachsen, in dem einer dem anderen half. Jetzt sollte jeder auf sich gestellt in einem Forschungskollektiv mitarbeiten. Mit diesen Gedanken mußten sie sich erst vertraut machen.

In den weiteren Aussprachen sahen aber auch die Ökonomen ein, daß es besser ist, wenn sie in den sozialistischen Arbeits- und Forschungskollektiven über den ganzen Zeitraum der Bearbeitung eines Forschungsthemas mitarbeiten. Dadurch ist es ihnen möglich, die ökonomischen Ergebnisse rechtzeitig zu bestimmen und den ökonomischen Faktoren Einfluß auf die Forschung selbst zu verschaffen.

Das gemeinsame Arbeiten von Ökonomen, Chemikern, Technikern usw. in einer Forschungsgemeinschaft bringt noch einen wesentlichen Vorteil. Die Chemiker und Techniker werden durch die tägliche enge Zusammenarbeit mit den Ökonomen immer wieder veranlaßt, selbst die ökonomische Seite der Forschung ständig im Auge zu

haben. Die Ökonomen wiederum müssen sich auch mit technischen Problemen beschäftigen, was für ihre Tätigkeit von Vorteil ist. Es entsteht so zwischen den Berufsgruppen eine gesunde Wechselwirkung, die einen höheren ökonomischen Nutzen in der Forschungsarbeit garantiert. Zunächst wurden nur in einigen Forschungskollektiven Ökonomen aufgenommen, um zu sehen, wie sich diese Maßnahme auswirkt. Schon heute erweist sich diese Maßnahme als richtig, und es zeichnen sich die ersten Erfolge ab.

Es kann, ohne zu übertreiben, gesagt werden: Die Parteileitung und die gesamte Parteiorganisation des Kaliforschungsinstituts bemühen sich mit Erfolg auf der Grundlage der Beschlüsse der Partei darum, daß die Probleme der Sicherung des wissenschaftlichen Vorlaufs gemeistert werden. Sie haben mit der bisherigen politisch-ideologischen Arbeit das Vertrauen der Wissenschaftler, Ingenieure, Techniker und Angestellten zur Partei zielstrebig gefestigt. Dadurch hat sich die Kampfkraft der Parteiorganisation ständig erhöht. Das kommt u. a. darin zum Ausdruck, daß immer mehr Wissenschaftler den Weg zur Partei finden. Gab es vor sechs Jahren unter den Wissenschaftlern des Kaliforschungsinstituts nur zwei Parteimitglieder, so hat sich ihre Zahl bis heute auf 23 erhöht. Nicht mitgerechnet sind die 15 Genossen, die inzwischen das Institut verlassen haben und leitende Funktionen im Industriezweig ausüben.

Werner Hopp